

Frankfurter Rundschau, v. 20.02.2019, S. 16, Ausgabe: Deutschlandausgabe

GASTWIRTSCHAFT

## Sozialstaat als Chance

Von **Marcel Schütz**

In einem Interview brachte es der Recklinghäuser Ökonom Heinz-Josef Bontrup einmal so auf den Punkt: Firmen können Menschen entlassen, die Gesellschaft aber kann es nicht. Es ist die Idee einer sozialstaatlichen Fürsorge, die Bürger vor prekären Verhältnissen zu schützen. Der Staat tut dies nicht aus Herzlichkeit; er fürchtet die Dynamik drohender Härten, würde er sein Engagement auf ein Minimum reduzieren.

Das aktuell diskutierte Konzept "Sozialstaat 2025" der SPD sieht neben längerer Bezugsdauer der Sozialleistung einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung vor. In einem Land, in dem Wissen gerne als wichtigste Ressource beschworen wird, kann diese Neuerung instruktiv erscheinen. Auch andernorts kommt mehr Qualifizierung während Arbeitslosigkeit in Betracht. So führte etwa die Stadtzürcher Sozialhilfe längere Assessment-Center ein, in denen individuelle Leistungspotenziale dokumentiert werden und zu fachlichen Einstufungen führen, wie die Neue Zürcher Zeitung berichtet.

Man wird sich noch mehr mit individuellen Belangen zu befassen haben, erst recht bei Menschen mit biografischen Hemmnissen. Teilweise könnte die Adaption schulischer Formen und solcher der Erwachsenenbildung verstärkt werden. Je niedriger die Formalqualifikation entwickelt ist, desto größer bleibt die Kraftanstrengung, sie in höherem Alter und oft nicht ganz freiwillig, nachzuholen. Klar ist: Es gibt kein Patentrezept. Auf Konsens kann der politische Akteur nicht set-zen, sondern auf eine Reform mit immerhin realen Aussichten auf Akzeptanz.

In der Gesellschaft, in der wir leben, bringt der Mensch - grob gesagt - das halbe Leben in Organisationen zu; vor allem zum Arbeiten. Hier findet die materielle und symbolische Anerkennung statt. Für den Vorschlag erhöhter formaler Qualifizierung spricht, dass die organisationsförmige Kontinuität des Arbeitens im Blick bleibt. Was also dazu dient, die Ausschlusserfahrung des Arbeitsplatzverlustes zu hemmen, lohnt, geprüft zu werden.

Darauf könnten Analysen zur Wirksamkeit folgen. Die Kosten, die Weiterbildung und Umschulung nach sich ziehen, sind stets jenen Kosten gegenüberzustellen, die ansonsten der Staatskasse ebenso zur Last fallen. Der Chancen wegen kann ein moderner Sozialstaat in diesem Risiko vielleicht eine sehr akzeptable Erweiterung seiner Investitionen sehen.

Der Autor ist Research Fellow an der Northern Business School Hamburg.

(c) Frankfurter Rundschau GmbH